

Haushaltsantrag (Jugendgemeinderat) vom 06.11.2025 NR. 1283/2025 AN HHJ**Haushaltsantrag (Jugendgemeinderat)**

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Jugendgemeinderat

Betreff

Finanzielle Ausstattung von Schulen für Demokratiebildungsangebote

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 400 Schulverwaltungsamt
510 Jugendamt.

Der Jugendgemeinderat Stuttgart beantragt die Einrichtung eines Fördertopfes für Demokratiebildungsangebote wie Planspiele oder Workshops an Schulen.

Begründung/Erläuterung

In den letzten Jahren wurden die Interessen von jungen Menschen bei weitreichenden Entscheidungen nicht ausreichend berücksichtigt. Bei Fragen von beispielsweise Schul-schließungen, der Rente oder dem Klimawandel wurden Jugendliche nicht genug gefragt, nicht genug gehört.

So entsteht eine gefährliche Desillusionierung mit der Demokratie, welche Radikalisierungsprozesse und Extremismus begünstigt. Um junge Menschen wieder in die demokratische Mitte zu holen, braucht es die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und das Legen von Zugängen zu Institutionen. Hier müssen zentrale Fragen beantwortet werden, wie: „Wie funktioniert unser System und was hat das mit mir zu tun?“ Wie Sorge ich dafür, dass auch meine Stimme gehört wird? Planspiele sind hier besonders wirksam. Niederschwellig wird demokratische Beteiligung vermittelt. Kurzum, Demokratie muss gelernt werden.

Schulen bieten hierfür eine Plattform, doch hier hängt extracurriculare Demokratiebildung oft von einzelnen engagierten Lehrkräften ab, die sich beispielsweise um Sponsoring für das „Schule-als-Staat“-Projekt in ihrer Freizeit kümmern.

Solche Projekte sollten nicht vom Engagement Einzelner abhängen, denn sie sind systemrelevant für alle.

Daher braucht es eine gezielte Förderung, um allen Schüler*innen denselben Zugang zu ermöglichen.

gez. Jugendgemeinderat

Finanzielle Auswirkungen

| | EHH | FHH |
|--------|---------------------|------------|
| | - in Tausend Euro - | |
| Jahr 1 | 0 | 0 |
| Jahr 2 | 0 | 0 |
| Jahr 3 | 0 | 0 |

| | EHH | FHH |
|------------|------------|------------|
| Jahr 4 | 0 | 0 |
| Jahr 5 | 0 | 0 |
| Jahr 6 ff. | | 0 |

| | |
|---|--|
| In Anmelde­liste (Rote Liste) enthalten | Nein |
| Seite (wenn in Anmelde­liste enthalten) | |
| THH | 400 Schulverwaltungsamt 510 Jugendamt |
| (Mitteilungs-) Vorlage | |
| Ranking-Nr. im BHH-Verfahren | |
| Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag | |

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

| lfd. Nr. *) | Schaffung (Stellenzahl) | Änderung KW-Vermerk (Stellenzahl) | Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer | Funktions- bezeichnung / Anlass | Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.) | KW- Vermerk bisher | KW- Vermerk neu |
|-------------|----------------------------|---|---|---------------------------------------|--------------------------------------|---------------------------------|------------------------------|
| | | | | | | | |

*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)